

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	26. Sitzung Hauptausschuss
	Termin:	14. November 2017, 16:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal, Rathaus Markt- platz
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Punkt 1 der Tagesordnung: AG Werderplatz – Abschlussbericht der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe
Vorlage: 2017/0633

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die in der Arbeitsgruppe Werderplatz erarbeiteten Maßnahmen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die begonnenen Maßnahmen fortzuführen und für die noch zu beschließenden Maßnahmen (alkoholakzeptierendes Aufenthalts- und Beratungsangebot, Alkoholkonsumverbot, Drogenkonsumraum sowie personelle Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes) entsprechende Projektvorschläge mit Kalkulationen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und verweist auf die rechtzeitig zugegangene Einladung zur Sitzung.

Er ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf. Heute gehe es darum, den Abschlussbericht zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, in den verschiedenen Richtungen weiterzuarbeiten.

Erster Bürgermeister Jäger gibt einen kurzen Überblick über den Abschlussbericht. Vertreter verschiedener Fachdienststellen der Verwaltung hätten gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, dem Polizeipräsidium Karlsruhe sowie der Bürgergesellschaft der Südstadt soziale und ordnungsrechtliche Maßnahmen erarbeitet, um den am Werderplatz gegenwärtigen Missständen entgegenzuwirken.

In einem Zwischenbericht am 11. Juli 2017 im Hauptausschuss habe man über Sofortmaßnahmen informiert. Weitere Maßnahmen seien seitdem in die Wege geleitet worden. Mit dem Abschlussbericht schlage die Arbeitsgruppe den Mitgliedern des Hauptausschusses weitere Maßnahmen vor, die zur Deeskalation beitragen können, allerdings eines politischen Grundsatzbeschlusses bedürften. Werden die vorgeschlagenen Maßnahmen grundsätzlich befürwortet, würden diese weiter konkretisiert und dem Hauptausschuss zu einem

späteren Zeitpunkt in separaten Anträgen zur Erörterung und endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Vorsitzende ergänzt, wichtig sei, dass man heute einen Grundsatzbeschluss fasse, um an diesen Maßnahmen weiter arbeiten zu können. Es gehe noch nicht darum, diese dann auch umzusetzen. Zunächst müsse man sich über Kosten, Organisationsform, Standorte usw. unterhalten.

Einige dieser Maßnahmen hätten auch eine große Bedeutung über den Werderplatz hinaus. Einen Drogenkonsumraum einzurichten, wäre in Baden-Württemberg bahnbrechend. Auch das Angebot für Alkohol konsumierende Menschen im öffentlichen Raum betreffe nicht nur die Klientel am Werderplatz. Es gehe um eine Komplettierung der sozialen Infrastruktur über den Werderplatz und die Südstadt hinaus.

Stadtrat Pfankuch (CDU) begrüßt den Bericht der Arbeitsgruppe. Auch die verworfenen Maßnahmen seien nicht ganz unwichtig, um eine Einschätzung über das zu bekommen, was man dort machen könne. Der Werderplatz sei ein wichtiges Thema, weshalb er die Ausweitung auf die gesamte Stadt nur begrenzt begrüße. Viele der zusammengefassten Gedanken könne seine Fraktion nachvollziehen.

Der Drogenkonsum am Werderplatz sei ein großes Problem. Seiner Ansicht nach müsse Karlsruhe aber nicht Vorreiter sein. Auch andere Bundesländer hätten bereits ähnliche Ideen gehabt. Für seine Fraktion bitte er ausdrücklich darum, noch mehr Erkenntnisse zum Thema Drogenkonsumraum zu sammeln. Vorab könne man nicht zustimmen.

Bei den alkoholakzeptierten Aufenthaltsräumen und Beratungsangeboten sei es interessant, diese mit einem bisher in Baden-Württemberg noch nicht möglichen Platzverbot zu kombinieren. Diesen Weg müsse man prüfen. Seine Fraktion stehe dem positiv gegenüber.

Stadtrat Zeh (SPD) geht auf die geplanten Maßnahmen ein. Die Wiedereinführung der Straßenfeger sei ein wichtiger Schritt zu mehr Sauberkeit am Werderplatz.

In den letzten Jahren seien im Landkreis einige Drogensubstitutionspraxen geschlossen worden. Es müssten wieder solche Praxen entstehen, damit der Druck nicht nur auf Karlsruhe liege und die Menschen nicht gezwungen wären, nach Karlsruhe zu kommen. Trotzdem sei ein Drogenkonsumraum für seine Fraktion ein denkbarer und gangbarer Schritt. Man werde alle Aktivitäten dahingehend unterstützen. Gerne könne man Erfahrungen aus anderen Städten einbeziehen.

Beim Alkoholkonsum sehe es seine Fraktion skeptischer. Die Menschen gingen gerade am Wochenende eher zu den Stellen, wo es Alkohol zu kaufen gebe, wie beispielsweise am Bahnhof.

Die Toilettenanlage werde derzeit renoviert. Jedoch sei sie nicht barrierefrei. Die Toilettenanlage am Grünzug bei den Spielplätzen beim St.-Anna-Heim werde abgerissen. Vielleicht könne man prüfen, ob eine Toilettenanlage nicht eher dort sinnvoller wäre.

Abschließend bekräftigt er, seine Fraktion unterstütze die weiteren geplanten Maßnahmen in dem Sinne, dass man weiter darüber diskutieren wolle.

Stadtrat Konrad (GRÜNE) bedankt sich für den umfangreichen Bericht. Der Fokus seiner Fraktion liege beim Werderplatz auf Prävention und Sozialarbeit und weniger auf ordnungspolitische Maßnahmen. Insgesamt sei man mit den vorgeschlagenen Maßnahmen zum großen Teil einverstanden.

Was den Drogenkonsumraum angehe, habe er großes Vertrauen, dass die Verwaltung auch schaue, was in anderen Städten passiere. Wichtig sei, auf jeden Fall einen Drogenkonsumraum einzurichten, eventuell auch in einem anderen Stadtteil. Das Alkoholkonsumverbot sehe seine Fraktion kritisch. Das Problem werde nur verlagert. Ebenso sehe man Aufstockungen beim KOD kritisch. Man müsse darauf achten, keine Aufgaben der Landespolizei zu übernehmen. Der Gesamtbereich des KOD sei zu betrachten und was an Umschichtungen möglich sei. Es sei stabilisierend, wenn von Zeit zu Zeit ein Ordnungsdienst vor Ort sei.

Wichtig sei seiner Fraktion auch ein Streetworker oder eine Streetworkerin mit Russischkenntnissen. Ebenso sei das Thema Bettenburgen ein großes Anliegen. Sei der Stadt Karlsruhe das Urteil des Landesgerichts Hamburg bekannt, in welchem Wuchermieten festgestellt wurden? Könne man diesen Bettenburgen mit entsprechenden Klagen habhaft werden?

Stadtrat Wohlfel (KULT) zeigt sich zufrieden mit den langfristigen Lösungen, sowohl mit denen, die bereits in der Umsetzung seien, als auch mit den geplanten. Beim Alkoholkonsumverbot müsse man schauen, wie es sich entwickle. Bei der Wiedereinführung des Straßenfegerteams sowie der Einrichtung eines Drogenkonsumraums könne er sich seinen Vorrednern von SPD und GRÜNE anschließen.

Die verstärkte Präsenz von KOD und Polizei habe seine Fraktion als kurzfristige Sofortmaßnahme verstanden. Langfristig könne dies keine Lösung sein. Dadurch würden die Probleme nicht gelöst werden. Dies sei nicht im Sinne der Bürgerversammlung gewesen. Alle anderen Maßnahmen könne man weiter verfolgen.

Stadtrat Hock (FDP) stellt klar, die Bürgerinnen und Bürger in diesem Stadtteil erwarteten Entscheidungen vom Gemeinderat. Im Gegensatz zu seinem Vorredner habe er den Eindruck, dass bei den Bürgerinnen und Bürger der Südstadt der Wunsch bestehe, dass der KOD sich dort öfter zeige. Der Werderplatz sei immer schon problematisch gewesen, allerdings hätten diese Probleme in den letzten Jahren zugenommen. Was dies für die Bewohner und Gewerbetreibenden dort bedeute, sei jeder Fraktion im Gemeinderat bewusst. Daher halte seine Fraktion die Entscheidung, dort einen Drogenkonsumraum einzurichten, für falsch.

Es müsse allen klar sein, dass man im nächsten Doppelhaushalt Entscheidungen treffen müsse. Seine Fraktion könne jedoch die Aussagen von KULT und GRÜNE nicht nachvollziehen und werde sie auch nicht unterstützen. Vielmehr werde man die Aufstockung des KOD wieder in den Doppelhaushalt einbringen. Dies sei auch im Sinne anderer Ortsteile, in denen man auch Probleme bekomme. Es gehe um Geld, welches seine Fraktion in die Hand nehmen wolle, um das Problem Werderplatz besser in den Griff zu bekommen.

Seine Fraktion unterstütze den Bericht. Bezüglich des Drogenkonsumraums sehe man es genauso wie die anderen Fraktionen; man wolle weiter darüber diskutieren.

Stadtrat Kalmbach (GfK) spricht den Trinkraum an. Man wisse nicht, ob es funktioniere. Daher bitte er darum, es nach einem Jahr zu überprüfen. Er sehe auch die Sorge der Menschen, dass sich die Einrichtungen in der Südstadt zusammenballten. Man müsse alles kritisch beobachten und schauen, was sich bewehre.

Die Bettenburgen seien ein Problem. Er schlage vor, dass die Stadt selbst Häuser aufkaufe. Man müsse schauen, was das Gerichtsurteil hergebe. Bei der Substitution müsse man alle Möglichkeiten ausschöpfen. In der Südstadt gebe es viele Praxen, in die die Menschen kämen, da sie sonst nirgends hin könnten. Es könne jedoch nicht sein, dass im ganzen Landkreis nur ein Stadtteil bereit sei, Praxen einzurichten.

Der KOD-Maßnahme werde man zustimmen. Die Aussage der Bürger sei, dass sie durch die Anwesenheit des KOD eine Verbesserung verspürten. Im letzten Haushalt habe man gegen die Aufstockung des KOD gestimmt. In dem Fall müsse man jedoch gezielt KOD-Stellen schaffen.

Stadtrat Bernhard (AfD) weist darauf hin, auch seine Gruppierung habe im letzten Doppelhaushalt die Aufstockung des KOD beantragt. Die erhöhte KOD-Präsenz habe sich in der Südstadt bewährt. Beim Drogenkonsumraum stelle sich die Frage, ob man alles in der Südstadt konzentrieren müsse. Heute sei grundsätzlich diese Maßnahme zu beschließen. Anschließend würden die Details ausgearbeitet. Daher werde man heute zustimmen. Allerdings fehlten ihm im Bericht die Erfahrungswerte aus anderen Städten. Diese wolle er dann haben, wenn die konkrete Maßnahme beschlossen werde.

Der Vorsitzende fasst zusammen, er habe verschiedene Einschränkungen wahrgenommen, jedoch nicht dergestalt, dass man eine bestimmte Maßnahme nicht weiter verfolge. Die meisten Maßnahmen könnten aus verschiedenen Gründen erst zum nächsten Doppelhaushalt aufgelegt werden. Wenn man bei einzelnen Maßnahmen schon früher Möglichkeiten der Umsetzung sehe, werde man gegebenenfalls auf den Gemeinderat zukommen.

Beim Drogenkonsumraum gebe es noch erhebliche Bedenken, aber keine grundsätzliche Ablehnung. Man werde die Anregung aufnehmen, Erfahrungen aus anderen Städten zu sammeln. Zudem benötige man zunächst eine entsprechende Landesverordnung, die gerade im Abstimmungsverfahren zwischen den Ministerien auf den Weg gebracht wurde.

Zum Thema Substitution könne er sagen, dass man dabei sei zu prüfen, ob man an anderer Stelle in der Stadt für diese Szene noch ein Angebot machen könne. Gegebenenfalls müsse man schauen, dass man mehr Angebote in ganz Karlsruhe habe, als nur in einem Stadtteil. Jedoch könne die Stadt nur wenig Einfluss nehmen.

Der Alkoholkonsumraum funktioniere vor allem im Zusammenhang mit dem Alkoholverbot. Gewiss gebe es Erkenntnisse, die man noch aufarbeiten könne. Ein Alkoholverbot ohne KOD oder Polizei, die es kontrollierten, mache keinen Sinn. Bei der Bürgerversammlung habe er das Thema Alkoholverbot und auch das Thema regelmäßige Präsenz des KOD und der Polizei als eine der zwingendsten Maßnahmen für die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen. Daher werde man das Thema Aufenthaltsraum für

Menschen, die Alkohol konsumieren, inklusive damit verbundener Sozialarbeit, in Kombination mit einem Platzverbot, angehen. Das Thema Bettenburgen nehme man gerne auf. Neben dem Gerichtsurteil wolle er zunächst noch die Erfahrungen aus anderen Städten einholen.

Ein Sozialdienst setze bereits einen rumänisch sprechenden Sozialarbeiter ein. Hier werde man versuchen, in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden Lösungen zu finden. Man müsse mit den Leuten reden können, um etwas zu erreichen.

Er sage zu, zu gegebener Zeit wieder auf den Gemeinderat zuzukommen.

Stadtrat Wohlfeil (KULT) weist darauf hin, dass sich bezüglich des Alkoholverbots gewisse Dinge einspielten. Wenn es das Verbot gebe und dieses auch kontrolliert werde, gingen die Menschen irgendwann in den Konsumraum. Wenn aber die Lösung sei, nur durch Kontrollen dieses Verbot durchzusetzen, sei man damit gescheitert.

Der Vorsitzende hält entgegen, die beste Sozialarbeit im Bereich der Drogenkonsumenten komme ohne einen relativ konsequenten repressiven Anteil nicht aus.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmig Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
23. November 2017